

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für die Förderung von LEADER-Vorhaben gemäß Richtlinie des MLUL in der geltenden Fassung



LAND BRANDENBURG

Zuständige Bewilligungsbehörde
**Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
Regionalstelle**

Eingangsstempel

Aktenzeichen:.....

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen, dunkel unterlegte Felder nicht ausfüllen

1.1 Stammdaten (Allgemeine Angaben)

* 500 *

BNR-ZD
Nummer des Betriebsinhabers auf der Zentralen Datenbank

Code für PEB: 500

Ggf. Titel

Zuständiges Finanzamt für die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuererlangung bzw. die Erteilung der Nichtveranlagungsbescheinigung

Antragsteller/in Name / Unternehmensbezeichnung

Geschlecht männlich weiblich keine natürliche Einzelperson

Vorname / ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Geburtsdatum oder Gründungsdatum

Geburtsname (nur bei natürlichen Personen)

Geburtsort oder Gründungsort

Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

1.2 Anschriften

Postanschrift
Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)
Postleitzahl Ort
Ortsteil

Unternehmenssitz (falls abweichend)
Straße und Hausnummer
Postleitzahl Ort
Ortsteil

TelefonNr. (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-TelefonNr.

FaxNr. (mit Vorwahl)

ggf. E-Mail-Adresse und Website

1.3 Bankverbindung

IBAN (International Bank Account Number):

Land	Prüfziffer	Bankleitzahl	Kontonummer	Weitere Zeichen für Bankverbindungen außerhalb Deutschlands
------	------------	--------------	-------------	---

BIC (Bank Identifier Code)

Name der Bank

Name des/der Kontoinhaber/s/in

Die Antragsformulare und die Hinweise finden Sie auch im Internet unter www.eler.brandenburg.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

1	Allgemeine Angaben	
1.1	Stammdaten (Allgemeine Angaben)	1
1.2	Anschriften	1
1.3	Bankverbindung	1
1.4	Angaben zur Rechts- und Betriebsform	3
1.5	Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter und Insolvenzverwalter)	3
1.6	Verzeichnis der GbR-Gesellschafter bzw. der Gesellschafter, die Anteile am Unternehmen halten	4
2	Vorhaben	5
3	Gesamtkosten	6
4	Finanzierungsplan	6
5	Begründung	7
5.1	Notwendigkeit des Vorhabens	7
5.2	Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen	7
5.3	Berücksichtigung der Barrierefreiheit	7
5.4	Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)	8
6	Beizufügende Anlagen/Information	9
7	Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften sowie zur Datenverarbeitung	10
7.1	Erklärung zur Datenverarbeitung	10
7.2	Allgemeines	13
7.3	Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin	13
7.4	Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)	15
7.5	Hinweise zur Transparenz von EU-Agrarbei-hilfen	15
7.6	Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung, Mitfinanzierung und de-minimis	17
8	Unterschrift	17

1.4 Angaben zur Rechts- und Betriebsform

Rechtsform:	Betriebsform:
01. Einzelunternehmen im Haupterwerb Landwirtschaft	01. Marktfruchtunternehmen (pflanzlich)
02. Einzelunternehmen im Nebenerwerb Landwirtschaft	02. Futterbauunternehmen
03. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	03. Veredlungsunternehmen (Tiere)
04. Kommanditgesellschaft	04. Dauerkulturunternehmen
05. Offene Handelsgesellschaft	05. Gemischtunternehmen (pflanzl./ tierisch)
06. Eingetragene Genossenschaft	06. Gemüsebauunternehmen
07. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	07. Zierpflanzenunternehmen
08. GmbH & Co. KG	08. Baumschule
09. Aktiengesellschaft	09. Gartenbauliches Gemischtunternehmen
10. Körperschaft des öffentlichen Rechts	10. Forstwirtschaftliches Unternehmen
11. Sonstige juristische Person	11. Land-/ Forstwirtschaftl. Lohnunternehmen
12. Kirche/religiöse Einrichtung	12. Schäfer/in
13. Sonstige natürliche Person	14. Weinbaubetrieb
14. Öffentlich-rechtliche Stiftung	15. Geflügelhaltungsbetrieb
15. natürliche Privatperson ohne landw. Erwerb	16. Fischerei
16. Eingetragener Verein	13. Sonstige
17. Nichtrechtsfähiger Verein	
18. Privatrechtliche Stiftung	
19. Anstalt des öffentlichen Rechts	
20. Kirchen des öffentlichen Rechts	
21. Eheleute	
22. Eheähnliche Gemeinschaft	
23. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	
24. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	Okologische Bewirtschaftung

Es ist jeweils genau eine Rechtsform und eine Betriebsform auszuwählen!

1.5 Ggf. Vertretungsbefugter des Antragstellers (z.B. Bevollmächtigter und Insolvenzverwalter)

Achtung: Eine Eintragung an dieser Stelle bewirkt, dass jeglicher Schriftverkehr zu Ihren Anträgen ausschließlich über diesen Vertretungsbefugten geführt wird!

(Vollmacht ist beizufügen)

Name, Vorname; ggf. Unternehmensbezeichnung

ggf. noch Unternehmensbezeichnung

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl Ort

Kommunikationsverbindungen

Telefon (mit Vorwahl)

Fax (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-Telefon

Bei GbR und juristischen Personen ist zusätzlich die Nr. 1.6 auszufüllen

1.6 Verzeichnis der GbR-Gesellschafter bzw. der Gesellschafter, die Anteile am Unternehmen halten

Code für PEB: 6

* 6 *

Lfd. Nr.	Name	Vorname	geb. am	Straße/Hausnummer	PLZ	Ort	Anteil in %	ggf. BNR-ZD des beteiligten Gesellschafters
	1	2	3	4	5	6	7	8
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								

Lfd. Nr.	Befugnis zur Geschäftsführung laut Vertrag <i>[nur für GbR]</i>		Bestätigung der Befugnis zur Geschäftsführung <i>[nur für GbR]</i>	
	Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
	11	12	13	14
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				

2. Vorhaben:

Bezeichnung des Vorhabens:	
Vorhaben im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbes	<p style="text-align: center;">ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> (Zutreffendes bitte ankreuzen!)</p>
Richtliniennummer / Fördergegenstand:	<p><input type="checkbox"/> A.1.1 <input type="checkbox"/> B.1.1 <input type="checkbox"/> B.1.2 <input type="checkbox"/> B.1.3 <input type="checkbox"/> C.1.1 <input type="checkbox"/> C.1.2 <input type="checkbox"/> D.1.1</p> <p><u>Bei Beantragung nach Nr. D.1.1:</u> (Zutreffendes bitte ankreuzen!)</p> <p><input type="checkbox"/> Gewerbe/Handwerk/Dienstleistungstätigkeiten/private Beherbergung <input type="checkbox"/> Handel <input type="checkbox"/> Handwerk <input type="checkbox"/> Sonstiges</p> <p><input type="checkbox"/> Grundversorgung <input type="checkbox"/> Vorhaben gem. Vereinbarung zwischen MLUL und Landessportbund (ggf. zusätzlich anzukreuzen) <input type="checkbox"/> Zusätzlich Vorhaben gem. Vereinbarung zwischen MLUL, MIK und Landesfeuerwehrverband (ggf. zusätzlich anzukreuzen)</p> <p><input type="checkbox"/> Ländliche Infrastruktur außerhalb der Siedlungsstruktur <input type="checkbox"/> Öffentliche Freizeit- und Tourismusinfrastruktur <input type="checkbox"/> Dorfentwicklung <input type="checkbox"/> Kulturerbe <input type="checkbox"/> Einsparung/Versorgung von/mit Wärmeenergie <input type="checkbox"/> Kleinteilige lokale Initiativen</p>
Standort des Vorhabens: Bezeichnung der Region (LAG) Landkreis: Gemeinde/ Ortsteil: Flur/Flurstück:	
Auskunft erteilt: - Name - Telefon - Fax: - E-Mail:	
Durchführungszeitraum (Monat/Jahr)	von/bis:

3. Gesamtkosten

Laut beiliegenden Kosten- voranschlag/ Kostengliederung (€) <ul style="list-style-type: none"> • brutto • netto 	
<ul style="list-style-type: none"> - Beantragte Zuwendung (in €) - v.H. der förderfähigen Gesamtkosten (%) 	

4. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	201.	201.	201. und folg.
	in €		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3) <ul style="list-style-type: none"> • Brutto • Netto 			
4.2 Eigenanteil <ul style="list-style-type: none"> - davon Eigenmittel (bar) - davon Eigenleistungen (unbar) - davon Kredite 			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) <ul style="list-style-type: none"> - dar. Investitionszulage 			
4.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 3)			

5. Begründung

5.1 Notwendigkeit des Vorhabens

- Projektbeschreibung (Konzept, Ziel)
- Vernetzung mit anderen Projekten in der Region
- Bedarf
- Zusammenhang mit vorhergehenden oder anderen Vorhaben

5.2 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

- Zur Notwendigkeit der Förderung (Finanzsituation etc.)
- Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades
- Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller
- Kosten-Nutzen-Analyse
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens/der vorgesehenen Vergabeverfahren
- Angaben zu erwarteten Nettoeinnahmen

5.3 Berücksichtigung der Barrierefreiheit

- Wurde die Barrierefreiheit berücksichtigt?

ja (Erläuterung)

nein (Begründung, Stellungnahme des Behindertenbeauftragten)

5.4 Mit der Förderung beabsichtigte Ziele (Indikatoren)

(mehrere Nennungen möglich)

Nr.	Rili-Pkt.	Bezeichnung	Menge	Mengeneinheit
1.	Unterstützung / Sensibilisierung lokaler Akteure (Nr. 2.2 der Richtlinie)			
	B.1.1/B.1.3	Fläche des Untersuchungsgebietes		T ha
		einbezogene Einwohner		Anzahl
		Studien		Anzahl
2.	Nationale und transnationale Kooperationen (Nr. 2.3 der Richtlinie)			
	C.1.1/C.1.2	Kooperationspartner (außerhalb der LAG)		Anzahl
		<i>davon im Land Brandenburg</i>		Anzahl
		<i>davon nationale Partner außerhalb des Landes Brandenburg</i>		Anzahl
		<i>davon transnationale Partner außerhalb des Landes Brandenburg</i>		Anzahl
3.	Investive Vorhaben im Rahmen der Regionalen Entwicklungsstrategie (Nr. 2.4 der Richtlinie)			
	D.1.1	Geplante neue Arbeitsplätze (direkt)		Anzahl
		<i>davon geplante neue Frauenarbeitsplätze (direkt)</i>		Anzahl
		zu erhaltende Arbeitsplätze (direkt)		Anzahl
		<i>davon zu erhaltende Frauenarbeitsplätze (direkt)</i>		Anzahl
4.	Stärkung der Regionalen Wirtschaft (Nr. 2.4 der Richtlinie)			
	D.1.1-D.2.1	Existenzgründung bzw. Unternehmenserweiterung		Anzahl
		<i>davon Handel</i>		Anzahl
		<i>davon Handwerk</i>		Anzahl
		<i>davon Sonstiges wie z.B. Dienstleistungen</i>		Anzahl
		Vermietete Wohnungen für Personen, die Leistungen anerkannter Pflegedienste in Anspruch nehmen		Anzahl
		Ferienzimmer bzw. Ferienwohnungen Gästebetten		Anzahl Anzahl
5.	Ländliche Infrastruktur außerhalb des Siedlungsbereichs und öffentliche Tourismusinfrastruktur (Nr. 2.4 der Richtlinie)			
	D.1.1-D.2.3/ D.2.4	Wege zur Erschließung von landwirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen (außerorts)		km
		Radwege und/oder Wanderwege		km
		Reitwege		km
		Sonstiges (<i>Schutzhütten, Info-Points, Bootsanlegestellen etc.</i>)		Anzahl
6.	Dorfentwicklung und Erhalt Kulturerbe (Nr. 2.4 der Richtlinie)			
	D.1.1-D.2.5/ D.2.6	Erhalt Gebäude/Ensemble und bauliche Anlagen		Anzahl
		<i>davon denkmalgeschützte Gebäude</i>		Anzahl
		<i>davon Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude</i>		Anzahl
		Abrissvorhaben		Anzahl
		Innerörtliche Straße bzw. Gehwege		km
		Anger/Spiel- und/oder Bolzplatz		Anzahl

6. Beizufügende Anlagen/Information

Wenn zutreffend, ist jedem Antrag grundsätzlich beizufügen (bitte entsprechend ankreuzen)

6.1	Votum der LAG auf der Grundlage der beschlossenen Projektauswahl, außer für Vorhaben nach A.1.1 (siehe http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.385514.de)	<input type="checkbox"/>
6.2	<u>Bei Bauvorhaben:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Bau- und/oder Raumprogramm und Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung des Bauvorhabens und Ausführungsart (einschl. Fotos); vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan, Bauzeitplan und ggf. Baugenehmigung - Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen (bis mind. zur 3. Ebene) nach DIN 276 und/oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283 bei Kostenschätzung durch Architekt/Planer 	<input type="checkbox"/>
6.3	<u>Erforderliche Genehmigungen, Gutachten sowie Stellungnahmen in Abhängigkeit vom beantragten Vorhaben nach D.1.1</u> <ul style="list-style-type: none"> - Baugenehmigung, Planfeststellung, ggf. Denkmalpflege oder Naturschutz, - Erforderliche Beschlüsse der gemeindlichen Vertreterorgane, - Stellungnahmen des Landkreises zur Schulentwicklungsplanung oder zur Bedarfsplanung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe bei Kinder-/Jugendeinrichtungen, - Sportfachliche Stellungnahme durch das MBS bei Vorhaben des Breitensports, - Stellungnahme des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V. bei Vorhaben der Feuerwehren, - Rentabilitätsvorschau bei wirtschaftlichen Vorhaben - Erklärung, dass der Antragsteller der Definition „Kleinst- und Kleinunternehmen“ gem. der VO (EU) Nr. 651/2014 entspricht, einschließlich Firmenorganigramm, - Stellungnahme des regionalen Tourismusverbandes bei touristischen Vorhaben <u>und</u> Erklärung zur Klassifizierung der Beherbergungseinrichtung, (http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.385514.de), - Erklärung zur Ländlichen Infrastruktur außerhalb des Siedlungsbereichs (http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.385514.de) 	<input type="checkbox"/>
6.4	<u>Nachweis kalkulierter Projektkosten</u> (z.B. durch Vorlage von vergleichbaren Angeboten/Preisvergleichen oder Erfahrungen aufgrund vergleichbarer Vorhaben, wenn keine Kostenschätzung durch Architekt/Planer erfolgt)	<input type="checkbox"/>
6.5	<u>Nachweis der Gesamtfinanzierung</u> (z.B. Kontoauszug, Bestätigung der Hausbank, Beschlüsse, Auszug Haushaltsplan etc.; bei Kommunen Stellungnahme der Kommunalaufsicht, wenn kein Beschluss zum Haushaltsplan vorliegt)	<input type="checkbox"/>
6.6	Eigentumsnachweis (Kataster) bzw. Nachweis des uneingeschränkten Verfügungsrechts (Verträge)	<input type="checkbox"/>
6.7	aktueller Registerauszug, Statut bzw. Satzung für Vereine/Stiftungen/Verbände, aktuelle Bestätigung des Finanzamtes zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit	<input type="checkbox"/>
6.8	Erklärung „Unternehmen in Schwierigkeiten“ bei Beantragung von Vorhaben nach C.1.2 und D.2.2 bis D.2.6	
6.9	Vollmacht, sofern die Beantragung durch den/die Vertretungsberechtigten erfolgt	<input type="checkbox"/>
6.10	<u>bei Beantragung der Mehrwertsteuer</u> als förderfähige Kosten ein Nachweis zur Nicht-Vorsteuerabzugsberechtigung entweder <ul style="list-style-type: none"> - durch eine Bestätigung des zuständigen Finanzamtes oder - Erklärung eines externen Steuerberaters bzw. eines externen Wirtschaftsprüfers (bei Gemeinden und Gemeindeverbänden ist auch eine Bestätigung des jeweiligen Rechnungsprüfungsamtes möglich) 	<input type="checkbox"/>
6.11	<u>bei Beantragung von unbaren Eigenleistungen</u> (siehe Nr. D.4.5) ein Nachweis, dass <ul style="list-style-type: none"> - der Wert und die Erbringung des Beitrages unabhängig bewertet und geprüft werden kann und der zugeschriebene Wert nicht über den auf dem betreffenden Markt allgemein üblichen Kosten liegt, - bei unbezahlter Arbeit der Wert dieser Arbeit unter Berücksichtigung des überprüften Zeitaufwandes und des Vergütungssatzes für gleichwertige Arbeit bestimmt wird. 	<input type="checkbox"/>
6.12	<u>Weitere Anlagen (einzeln zu benennen):</u> -	<input type="checkbox"/>

7. Hinweise und Erklärungen zu Rechts-, Kontroll- und Strafvorschriften sowie zur Datenverarbeitung

7.1 Erklärung zur Datenverarbeitung

[Informationen auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO; ABl. Nr. L 119 Seite 1)]

7.1.1 Information auf der Grundlage der Artikel 24 und 13 Absatz 1 DSGVO

- Verantwortlicher im Sinne des Artikel 24 in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) DSGVO ist das
Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
des Landes Brandenburg (MLUL)
Referat EU-Zahlstelle (EGFL und ELER),
Cross Compliance- und InVeKoS-Koordinierung
Leiter Norbert Falk
Postfach 60 11 50
14411 Potsdam.
- Der oder die Datenschutzbeauftragte im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b) DSGVO ist zu erreichen über
poststelle@mlul.brandenburg.de oder Telefon 0331 866-0.
- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO erfolgt zu dem Zwecke der Beantragung, Auszahlung, Verwaltung und Überwachung der Agrarförderung aus den Europäischen Fonds EGFL und ELER und beruht hierfür insbesondere auf den unionsrechtlichen Verordnungen (EU) Nr. 1306/2013 sowie der dazu erlassenen Delegierten Verordnung (EU) Nr. 907/2014 sowie der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 908/2014 und Nr. 809/2014.
- Eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten findet darüber hinaus auch auf der Grundlage anderer Rechtsvorschriften vor allem des Bundes statt, die Sie der nachfolgenden Nr. 7.1.3 entnehmen können. Diese Auflistung bezieht sich auf die zum Redaktionsschluss des Förderantrages geltenden Rechtsgrundlagen sowie deren später jeweils gültigen Fassungen.
- Die Empfänger oder die Kategorien von Empfängern Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe e) DSGVO ergeben sich ebenfalls aus der nachfolgenden Nr. 7.1.3.

7.1.2 Informationen auf der Grundlage des Artikels 13 Absatz 2 DSGVO

- Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a) DSGVO: Die Dauer, für die Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden, ergibt sich aus dem Fachrecht (Artikel 32 Verordnung (EU) Nr. 908/2014) und beträgt mindestens 3 Jahre nach dem Jahr, in dem das Land Brandenburg die Abschlusszahlung für Fördermaßnahmen des EPLR 2014-2020 leistet. Das bedeutet die Frist bis mindestens 31.12.2027. Bei längeren Zweckbindungsfristen gelten diese Fristen für die Datenspeicherung.
- Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe b) DSGVO: Sie werden darüber informiert, dass Ihnen aus der DSGVO die folgenden Rechte zustehen:
 - das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten,
 - das Recht auf Berichtigung,
 - das Recht auf Löschung,
 - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung oder
 - das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung sowie
 - das Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c) DSGVO: Es steht Ihnen das Recht zu, die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.
- Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe d) DSGVO: Es steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu.
- Hinweis gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe e) DSGVO: Die Bereitstellung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist unionsrechtlich vorgeschrieben, weshalb Sie zur Bereitstellung der Daten verpflichtet sind, da Ihr Antrag ohne diese

Daten nicht bearbeitet und die Beihilfen bzw. Fördermittel nicht ausgezahlt werden können.

7.1.3 Einwilligung und weitere Erklärungen zur Datenverarbeitung

Ihre Anträge können nur automatisiert bearbeitet werden. Daher erklären Sie mit Ihrer Unterschrift unter dem Antrag Ihre ausdrückliche Einwilligung im Sinne des Artikel 4 Nummer 11 und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (EU-Datenschutz-Grundverordnung) in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese Erklärung ist freiwillig und kann jederzeit schriftlich formlos widerrufen werden. Hierzu wird insgesamt nochmals auf die vorstehenden Nummern 7.1.1 und 7.1.2 verwiesen.

Mit der Einreichung der Antragsunterlagen und der jeweiligen antragsbezogenen Erklärungen erklären Sie sich auch mit den nachfolgenden aufgeführten Datenverarbeitungen durch die beteiligten Behörden und Einrichtungen einverstanden. Eine separate Unterschrift entfällt.

Sollten einzelne Fragen ausschließlich für Beihilfen oder Förderungen von Bedeutung sein, die Sie nicht beantragen wollen, so brauchen Sie die dafür vorgesehenen Angaben nicht zu machen.

Die Bearbeitung Ihrer Anträge schließt die Nachprüfung Ihrer Angaben durch die zuständigen Stellen im Rahmen der Verwaltungs-, Vor-Ort- und Ex-post-Kontrollen gemäß den hierfür einschlägigen Rechtsvorschriften ein.

Dazu werden die von Ihnen mit diesem Antrag vorgelegten Daten und weiteren Nachweise sowie ggf. Ihre Anträge aus den Vorjahren verarbeitet und zur Vermeidung unberechtigter Zahlungen im Rahmen des Verwaltungs- und Kontrollsystems Abgleiche durchgeführt. Dies betrifft Ihre Stammdaten, kontrollbezogene Angaben sowie ggf. zahlungsanspruchsbezogene Angaben.

Die unter "Stammdaten" eingetragenen Angaben zu PLZ und Ort werden bei der Datenerfassung mit dem hinterlegten offiziellen Verzeichnis der Deutschen Post abgeglichen und bei Bedarf angepasst.

Unabhängig von Ihrer Einwilligung werden Ihre personenbezogenen Daten, auch über den Zweck der Agrarförderung hinaus, übermittelt und verarbeitet:

- a) Ihre personenbezogenen Daten aus diesem Antrag werden von der zuständigen Bewilligungsbehörde und durch das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) in Frankfurt (Oder) **für die automatisierte Zahlbarmachung und Verbuchung sowie die Zwecke der Rechtsvorschriften** verarbeitet, die zu diesem Förderantrag einschlägig sind.

Zur **Auszahlung** übermittelt das LELF Ihre Angaben personenbezogen in dem dazu erforderlichen Umfang an die zuständige Kasse.

Zum Zwecke der **Finanzmittelbereitstellung durch die EU und den Bund** übermittelt das LELF Ihre Angaben in dem dazu jeweils erforderlichen Umfang an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Im Rahmen des **Rechnungsabschlussverfahrens gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013** einschließlich deren Durchführungsverordnungen bzw. den entsprechenden Delegierten Verordnungen für durch den ELER (mit-)finanzierte Beihilfen dürfen die im MLUL eingerichtete **Zahlstelle des Landes Brandenburg für den EGFL und ELER sowie die Bescheinigende Stelle und der Interne Revisionsdienst** bei den aus dem o. g. Fonds finanzierten Vorhaben im Rahmen der Ihnen aus den vorgenannten Verordnungen zugewiesenen Aufgaben die Angaben aus Ihren Anträgen mittels eines automatisierten Abfrageverfahrens einsehen. Die Bescheinigende Stelle darf zum Zwecke der Erstellung der Jahresabschlussberichte in Verbindung mit der Bescheinigung nach Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 diese Daten auswerten.

- b) Nach § 6 InVeKoS-Daten-Gesetz werden auch die Namen, die Anschriften und die Betriebsnummern der Mitglieder von **Erzeugerorganisationen im Sektor Obst und Gemüse** zum Zwecke der Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen verarbeitet.
- c) Zur Gewährleistung der gemäß Titel VII der Verordnung (EU) Nr. 1698/2005 bzw. Titel VII der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 **obligatorisch durchzuführenden Begleitung und Bewertung der Fördervorhaben zur Entwicklung des ländlichen Raumes** werden die hierfür erforderlichen Daten aus der Landesdatenbank im LELF an die für die Evaluierung zuständige/n öffentliche/n Stelle/n sowie ggf. an beauftragte Dritte (Berufs-, Fachverbände, Universitäten oder außeruniversitäre Forschungsinstitutionen) zur Auswertung entsprechend den Vorgaben der o. g. Verordnung weitergegeben.

- d) **Nach § 29 Absatz 3 des Bewertungsgesetzes des Bundes** sind die rechtlichen und tatsächlichen Umstände, die den Landesbehörden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung bekannt geworden sind und die für die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes, für die Feststellung von Grundbesitzwerten oder für die Grundsteuer von Bedeutung sein können, den Finanzbehörden mitzuteilen. In diesem Rahmen übermittelt das LELF Ihren Namen, Ihre Anschrift und Telefonnummer sowie die von Ihnen ggf. beantragten Flächen an das zuständige Finanzamt.
- e) Gemäß der **Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden** durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten können Ihre personenbezogenen Daten in dem erforderlichen Umfang durch die Bewilligungsbehörden bzw. das LELF an die Finanzbehörden weitergegeben werden.
- f) Nach **§ 93 Agrarstatistikgesetz** in Verbindung mit § 4 Brandenburgisches Statistikgesetz werden die personen- und betriebsbezogenen Daten aus Ihrem Antrag jährlich einmal an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg weitergegeben.
- g) Nach **§ 135 Absatz 1 Satz 1 Flurbereinigungsgesetz** dürfen im Rahmen von Amtshilfeersuchen der gemäß Brandenburgischem Landentwicklungsgesetz für die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren zuständigen Stellen Adressen für den Zweck der Ermittlung der Beteiligten von bewirtschafteten Flächen an diese Stellen weitergeleitet werden.
- h) Nach **§ 88 Absatz 1 Wasserhaushaltsgesetz** in Verbindung mit § 104 Brandenburgisches Wassergesetz dürfen zur Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Union nach der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasserrahmenrichtlinie) ausschließlich Adressdaten von Antragstellern zum Zweck der Beteiligung an Gewässerentwicklungskonzepten an die zur Durchführung dieser Maßnahmen zuständigen Stellen zweckgebunden weitergegeben werden.
- i) Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union veröffentlichen **gemäß Artikel 111 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549) sowie der Durchführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) nachträglich im Internet (siehe dazu im Detail nachfolgendes Kapitel „Hinweise zur Transparenz von EU-Agrarbeihilfen“).
- j) Die von Ihnen angegebenen Daten werden außerdem nach **§ 197 Absatz 4 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch** zur Feststellung der Versicherungspflicht und zum Zwecke der Beitragserhebung an den Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (als Spitzenverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alterskassen und Krankenkassen) übermittelt.
- k) Die ggf. angegebenen flächenbezogenen Daten können zur Erstellung von Managementplänen und zur Vorbereitung von Schutzgebietsausweisungen zur **Sicherung von Natura-2000-Gebieten** an die Obere Naturschutzbehörde übermittelt werden.
- l) Mit Ihrer Unterschrift auf diesem Förderantrag erklären Sie sich auch damit einverstanden, dass die allgemeinen Angaben (Stammdaten, Betriebsprofil) landeseinheitlich **für alle weiteren von Ihnen gestellten Anträge aus dem Geschäftsbereich des MLUL** genutzt werden können. Dies schließt eine Verwendung dieser Daten für Anträge im Rahmen der Antragstellung nach den Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013, 1307/2013 und 1308/2013 bzw. deren Nachfolgeverordnungen ein.

Mit Ihrer Einwilligung in die elektronische Verarbeitung sowie auf der Basis der oben genannten Rechtsgrundlagen für die elektronische Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß den Bestimmungen der EU-DSGVO ist mit umfasst, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des **Artikel 28 DSGVO** im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten auch anderer öffentlicher oder privater Stellen **als Auftragsverarbeiter** bedienen dürfen.

Mit der Antragseinreichung und Ihrer Unterschrift erklären Sie, dass Sie die vorstehenden Hinweise zur Kenntnis genommen haben und mit der Datenverarbeitung im Rahmen der ersten und zweiten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik der EU entsprechend den vorgenannten Hinweisen einverstanden sind. Sie sind oben darauf hingewiesen worden, dass

- eine Auskunftspflicht nicht besteht, Ihre Angaben jedoch Voraussetzung für die Gewährung der von Ihnen beantragten Beihilfen und Förderprogrammen sind,
- Sie berechtigt sind, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft der weiteren Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, dann jedoch die beantragte Förderung nicht erfolgen kann,

- die Angabe der Telefon- sowie ggf. der Faxnummer und E-Mail-Adresse freigestellt ist und lediglich der zuständigen Landesstelle zur Vereinfachung etwaiger Rückfragen dient.

Hiermit werden Sie darüber informiert, dass Ihre Betriebsdaten durch die Daten verarbeitenden Stellen unverzüglich zu **löschen** sind, sobald die genannten Daten zur Erfüllung des Zweckes, zu dem sie verarbeitet worden sind, nicht mehr erforderlich sind. Unbeschadet der Vorgaben nach Artikel 32 Absätze 2, 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 sind Ihre personenbezogenen Daten **spätestens nach Ablauf des dritten Jahres**, das auf das Jahr folgt, in dem das Land Brandenburg die Abschlusszahlung für Fördermaßnahmen des EPLR 2014-2020 leistet, zu löschen.

An die Stelle einer Löschung tritt eine Sperrung, soweit

- die Daten im Einzelfall im Rechnungsabschlussverfahren nach Titel IV Kapitel IV Abschnitt II der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 benötigt werden oder
- einer Löschung der Daten gesetzliche Aufbewahrungsfristen/festgelegte Zweckbindungsfristen entgegenstehen.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei positiv erfolgter

- Beschlussfassung über die Förderung,
- Bewilligung oder
- Durchführung/Abschluss des Vorhabens

über mein/unser Vorhaben bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

ja nein

7.2 Allgemeines

Bitte teilen Sie nach Antragseinreichung jede Abweichung von den Antragsangaben sowie jede andere beihilferelevante Änderung der Rechts- oder Betriebsform und Betriebsverhältnisse (insbesondere bei Betriebsübergabe/-übernahme oder Änderung von Gesellschaftsverhältnissen) **sofort** schriftlich der zuständigen Bewilligungsbehörde mit.

Das MLUL weist darauf hin, dass Zuwendungen nach § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) nur solchen Empfängern bewilligt werden dürfen, bei denen eine ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert erscheint und die in der Lage sind, die Verwendung der Mittel bestimmungsgemäß nachzuweisen. Die Bewilligungsbehörde darf im Rahmen ihres Ermessens daher eine Förderung verweigern, wenn gegen den Antragsteller ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt oder eröffnet wird. Bewilligungsbescheide, die bereits erlassen sind, aber noch nicht zur Auszahlung gebracht werden, sind in diesen Fällen zu widerrufen (siehe ANBest zu § 44 LHO).

7.3 Allgemeine Erklärungen des Antragstellers/der Antragstellerin

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigelegten Anlagen!

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben in diesem Antrag und in den mit diesem Antrag eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben in den einzelnen Anträgen und deren vorgeschriebenen Anlagen, in den mit den Anträgen eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Absatz 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die Ge-

währung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,

- jede Landesstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden, und Tatsachen, die auf eine Steuerstraftat schließen lassen, den Finanzbehörden mitzuteilen,
- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.
- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden Förderregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken (Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013),
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können,

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfavorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- den zuständigen Landesstellen, der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und dem Hauptzollamt Hamburg Jonas im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach den Verordnungen (EG) Nr. 1305/2013 und 1306/2013 sowie den dazu erlassenen Durchführungsvorschriften sowie den Prüforganen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie das Betreten und Befahren der Betriebsflächen zu gestatten ist. Darüber hinaus sind den genannten Behörden und Institutionen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrucke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dies verlangen. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen diese Duldungs- und Mitwirkungspflichten als Verweigerung der Kontrolle gewertet werden können, was zur Nichtgewährung der Förderung führt,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgan die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- eine Umwandlung bzw. Gründung meines/unsere Betriebes nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionsgesetzes dient,
- über meinen/unsere Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde (§ 80 der Insolvenzordnung) noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass andernfalls meine/unsere Unterschrift unwirksam ist und nur der Insolvenzverwalter unterschreibungsbefugt ist,
- mein/unsere Betrieb sich weder nach § 41 Satz 1 noch nach § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) in Auflösung befindet.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsbehörde über diesen Sachstand zu informieren ist.

Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

Ich/Wir habe(n) die geltende Förderrichtlinie mit den entsprechenden Bedingungen zur Durchführung des geförderten Vorhabens und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zur Kenntnis genommen und erkenne/n diese an.

Ich/Wir habe(n) von den Voraussetzungen für die Gewährung der betreffenden Beihilfen und Zuwendungen Kenntnis genommen. **Mir/Uns ist bekannt**, dass die Rechtsgrundlagen und Merkblätter bei der zuständigen Behörde eingesehen werden können.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei Verstößen gegen die Einhaltung von einschlägigen Vorschriften der EU, des Bundes oder des Landes sowie der Förderrichtlinie durch die Bewilligungsbehörde Kürzungen der Zuwendung oder Verwaltungssanktionen nach den Vorschriften der Verordnungen (EU) Nr. 640/2014 und 809/2014 in der jeweils geltenden Fassung zu prüfen und ggf. vorzunehmen sind.

Ich bin / Wir sind in der Lage, mögliche Folgekosten auch ohne weitere Förderung selbst zu tragen.

Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. Vertretungsberechtigter nach Satzung oder Gesetz) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nicht nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.

7.4 Rechte Dritter an Fördervorhaben aus diesem Antrag (Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen)

Alle Förderungen aufgrund dieses Antrages sind Zuwendungen nach § 44 LHO, welche nach den ANBest des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) weder abgetreten noch verpfändet werden dürfen. Abtretungen oder Verpfändungen von Ansprüchen aus diesen Vorhaben dürfen daher von den Bewilligungsbehörden nicht beachtet werden.

Das MLUL weist darüber hinaus auf folgenden **Vorbehalt zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union nach der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95** hin:

- Sämtliche offenen Forderungen des Landes Brandenburg gegen einen Begünstigten aus Rückforderungen von Fördermitteln, die ganz oder teilweise aus Mitteln der Agrarfonds der Europäischen Union (d.h. EAGFL, Abteilung Garantie, EGFL oder ELER) finanziert werden, dürfen nach Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 von den Bewilligungsbehörden mit Ansprüchen des Begünstigten auf Auszahlung von Vorhaben, die ebenfalls ganz oder teilweise aus Mitteln der EU im Rahmen des EGFL oder des ELER finanziert werden, vorrangig (**erstrangig**) verrechnet/aufgerechnet werden, wenn die Rückforderung vor der Bewilligung, mit der aufgerechnet werden soll, fällig geworden ist (§§ 404, 406 BGB).
- Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gemäß Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 2988/95 in Verbindung mit Artikel 58 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 908/2014 hat bei diesen Vorhaben uneingeschränkten Vorrang vor privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen Begünstigten und Gläubigern.

7.5 Hinweise zur Transparenz von EU-Agrarbeihilfen

Unterrichtung der Begünstigten von Mitteln aus den Europäischen Agrarfonds (EGFL/ELER) über die Veröffentlichung und Verarbeitung Ihrer Daten gemäß Artikel 113 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (Horizontale Verordnung)

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind gemäß Artikel 111 ff. der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik sowie gemäß Art. 57 ff. der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 verpflichtet, die Begünstigten von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) spätestens zum 31. Mai jeden Jahres nachträglich für das vorangegangene Jahr im Internet zu veröffentlichen.

Zum Zweck des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Union können die Daten der Begünstigten von Rechnungsprüfungs- und Untersuchungseinrichtungen der Europäischen Union, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden verarbeitet werden.

Mit der Veröffentlichung der Daten über die Begünstigten aus den Europäischen Agrarfonds verfolgt die Europäische Union das Ziel, die Transparenz der Verwendung der Unionsmittel und die Öffentlichkeitswirkung und Akzeptanz der Europäischen Agrarpolitik zu verbessern sowie die Kontrolle der Verwendung der EU-Unionsmittel zu verstärken.

Die Veröffentlichungspflicht besteht für alle ab dem EU-Haushaltsjahr 2014 (Beginn: 16.10.2013) an die Begünstigten getätigten Zahlungen aus den o.g. EU-Agrarfonds.

Die Veröffentlichung enthält gemäß Art. 111 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der gemeinsamen Agrarpolitik folgende Informationen:

- a) den Namen der Begünstigten, und zwar
 - Vorname und Nachname, sofern der Begünstigte eine natürliche Person ist;
 - den vollständigen eingetragenen Namen mit Rechtsform, sofern der Begünstigte eine juristische Person ist, die nach der Gesetzgebung des betreffenden Mitgliedstaats eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt;
 - den vollständigen eingetragenen oder anderweitig amtlich anerkannten Namen der Vereinigung, sofern der Begünstigte eine Vereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist;
- b) die Gemeinde, in der der Begünstigte wohnt oder eingetragen ist, sowie gegebenenfalls die Postleitzahl bzw. der Teil der Postleitzahl, der für die betreffende Gemeinde steht;
- c) eine Aufschlüsselung der Beträge der Zahlungen für jede aus dem EGFL und aus dem ELER finanzierte Maßnahme gemäß Artikel 57 in Verbindung mit Anhang XIII der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 sowie die Summe dieser Beträge, die jeder Begünstigte in dem betreffenden Haushaltsjahr erhalten hat;
- d) eine Beschreibung der aus dem EGFL bzw. dem ELER finanzierten Maßnahmen unter Angabe des Fonds, aus dem die Zahlungen gemäß Buchstabe c) gewährt werden und der Art und des Ziels jeder Maßnahme.

Die zu veröffentlichenden Beträge der Zahlungen für die aus dem ELER finanzierten Maßnahmen entsprechen dem Gesamtbetrag der öffentlichen Zahlungen, einschließlich des Beitrags der Europäischen Union und des nationalen Beitrags.

Ausgenommen von der Veröffentlichung des Namens sind gemäß Artikel 112 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 Begünstigte, deren Gesamtbetrag an Beihilfen aus den EU-Agrarfonds in einem Jahr gleich oder niedriger als der von dem Mitgliedstaat im Rahmen der Kleinerzeugerregelung nach Titel V der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 festgelegte Schwellenwert (in Deutschland: 1.250,-- €) ist. In diesem Fall wird der Begünstigte durch einen Code angegeben. Sollte die Identifizierung einer natürlichen Person als Begünstigte auf Grund der unter b), c) und d) aufgeführten Informationen infolge einer begrenzten Anzahl von in der Gemeinde wohnhaften oder eingetragenen Begünstigten dennoch möglich sein, werden – um dies zu verhindern – die Informationen unter Angabe der nächstgrößeren Verwaltungseinheit, zu der diese Gemeinde gehört, veröffentlicht.

Die Verpflichtung zur Veröffentlichung erfolgt auf folgender rechtlichen Grundlage:

- Verordnung (EU) Nr.1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549)
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 908/2014 der Kommission vom 6. August 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Mittelverwaltung, des Rechnungsabschlusses und der Bestimmungen für Kontrollen, Sicherheiten und Transparenz (ABl. L 255 vom 28.8.2014, S. 59),
- Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AFIG),
- der Agrar- und Fischerei-Informationen-Verordnung (AFIV)

in den jeweils geltenden Fassungen.

Die Informationen werden auf einer speziellen – vom Bund und den Ländern gemeinsam betriebenen – Internetseite der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) unter der Internetadresse

www.agrar-fischerei-zahlungen.de

von den für die Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder veröffentlicht. Sie bleiben vom Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung an zwei Jahre lang zugänglich.

Für die personenbezogenen Daten bleiben die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Abl. L 119/1 vom 4. Mai 2016 und L 314/72 vom 22. November 2016) in der jeweils gültigen Fassung sowie

die nationalen Datenschutzbestimmungen des Bundes und der Länder unberührt. Auf die in diesen Rechtsvorschriften geregelten Datenschutzrechte und die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte gegenüber den für die betreffenden Zahlungen zuständigen Stellen des Bundes und der Länder wird verwiesen.

Die Europäische Kommission hat unter ihrer zentralen Internetseite eine Website

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-funding/beneficiaries/shared_de

eingrichtet, die auf die Veröffentlichungs-Internetseiten aller Mitgliedstaaten hinweist.

7.6 Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung, Mitfinanzierung und de-minimis

Ich bin / Wir sind im Rahmen dieses Vorhabens zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt (*Nachweispflicht durch den Antragsteller – siehe beizufügende Anlagen*),
- berechtigt und habe/haben dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt (Preise ohne Umsatzsteuer),

Ich/Wir habe(n) für den gleichen Zweck (für dieses Vorhaben/Objekt) keine weiteren öffentlichen Fördermittel erhalten bzw. beantragt.

Wenn doch, sind nachfolgende Angaben zu machen (*auch im Finanzierungsplan*):

Fördermittel in Höhe von _____ EURO

Jahresangabe: _____

Fördermittelgeber: _____

Ich/Wir habe(n) in den zurückliegenden drei Jahren Förderung im Rahmen der „de-minimis-Regelung“ erhalten

- ja
- nein

Wenn „Ja“ angekreuzt wurde, ist eine Kopie der de-minimis-Bescheinigung beizufügen und nachfolgende Angaben zu machen:

Fördermittel in Höhe von _____ EURO

Jahresangabe: _____

8. Unterschrift

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesen **Anträgen und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig** sind.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir des Weiteren mein/unser Einverständnis zum Abschnitt Nr. 7.2 bis 7.6

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragsteller/s/in oder
des/der Vertretungsbefugten des Betriebes
und ggf. Stempel